



Landesvorsitzendenkonferenz der DPoIG am 28. September 2019 in Hildesheim

Zu ihrer turnusmäßigen Konferenz trafen sich die Landesvorsitzenden der DPoIG am 28. September 2019 auf Einladung des Landesvorsitzenden von Niedersachsen, Alexander Zimbehl, in Hildesheim.

Zu Beginn der Konferenz konnten wir den Bundesvorsitzenden Rainer Wendt begrüßen. Der gab dann einen Überblick über die aktuellen Arbeitsthemen der Bundesleitung. Dieser Überblick reichte von der Vorbereitung des DPoIG-Bundeskongresses im Mai 2020 bis zu den aktuellen Ereignissen in Schleswig-Holstein. Damit hatten wir auch schon das erste Schwerpunktthema dieser Konferenz. Die Durchsuchungsmaßnahmen in der DPoIG-Geschäftsstelle und in den Privaträumen des stellvertretenden Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, Thomas

Nommensen. Die besonderen Umstände, die zu einer Untersuchung wegen des Verdachtes auf Informationsweitergabe an die Presse geführt haben, hinterlassen schon einen erheblichen Zweifel an diesem Verfahren. Dass ein evangelischer Polizeiseelsorger die private Kommunikation zwischen dem Pressesprecher der DPoIG Schleswig-Holstein mit einem Redakteur heimlich beobachtet und dann seine vermeintlichen Beobachtungen meldet, ist an sich schon ein Skandal. Die Landesvorsitzenden haben in diesem Zusammenhang eine entsprechende Pressemitteilung gefertigt. Für die DPoIG selbstverständlich, wird Thomas Nommensen anwaltlich betreut.

Ein weiterer Punkt war der jeweilige Bericht aus den einzelnen Landesverbänden, der



> Abschlussfoto der Vorsitzendenkonferenz

Die Veranstaltung wurde durch den Besuch des Landespolizeipräsidenten Herrn Axel Brockmann bereichert. Sehr anschaulich wurden wir über die anstehenden Strukturveränderungen in der Landespolizei Niedersachsen informiert. Das in Niedersachsen jetzt damit begonnen wird Verfügungseinheiten zu bilden, war nur eine der anstehenden Neuerungen. Insgesamt war es eine sehr gewinnbringende Veranstaltung, die zu weiteren Maßnahmen führt. So wird zum Beispiel im Dezember ein Treffen des DPoIG-Nordverbund in Bremen stattfinden. Geplant

ist die gegenseitige Unterstützung bei Betreuungseinsätzen und in der Mitgliederwerbung/-betreuung gezielt für die norddeutschen Landesverbände zu sprechen.

Die nächste Landesvorsitzendenkonferenz wird übrigens 2020 in Thüringen stattfinden.

Bleibt mir an dieser Stelle nur, mich für eine gut organisierte LV-Konferenz mit einem abwechslungsreichen Rahmenprogramm zu bedanken.

*Ronald Müller,
Landesvorsitzender M-V*



> Angeregte Diskussionen bereicherten die Konferenz

Impressum:
Landesgeschäftsstelle
Hollstraße 13
18273 Güstrow,
Tel.: 03843.682301
Fax: 03843.682303
www.dpolg-mv.de
V.i.S.d.P.: Olaf Knöpfken

Bundespolizei und dem BKA. Dieser TOP ist immer wieder von besonderer Wichtigkeit. Nicht nur, weil dabei auch über einzelne Aktionen der Landesverbände berichtet wird. Der Austausch ermöglicht jedem, gute Ideen aus anderen Landesverbänden aufzugreifen.



> Gemeinsam mit unserem Partner der POLPUBLIK, Julia Wagner



Willkommensparty in Güstrow

Zur Tradition geworden ist die Willkommensfeier der JUNGEN POLIZEI im Stuk in Güstrow. Neben Speisen und Getränken, gesponsert von der Debeka, war es diesmal auch ein würdiger Rahmen, um Heiko Erwied und Tom Hass als Ehrenmitglieder der DPoIG M-V auszuzeichnen. Eine langjährige und erfolgreiche Zusammenarbeit verbindet uns mit der Debeka, namentlich mit Heiko Erwied, und dieses Wirken findet mit der Ehrenmitgliedschaft ihren Höhepunkt. Aus den Händen des Landesvorsitzenden Ronald Müller erhielten dann die Ausgezeichneten ihre Urkunden. Das war natürlich auch ein Grund, nun ausgelassen zu feiern und natürlich gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen ins

ten ihre Urkunden. Das war natürlich auch ein Grund, nun ausgelassen zu feiern und natürlich gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen ins



Ein starkes Team, DPoIG und Debeka



Die neuen Ehrenmitglieder der DPoIG, Heiko Erwied (Mitte) und Tom Hass von der Debeka (rechts)

Gespräch zu kommen, für die wir dieses Event organisieren, um sie in unserer Polizeifamilie

aufzunehmen. Es war wieder ein toller Abend und der Dank gilt alldenjenigen, die zum Gelingen beigetragen haben.

Eure JUNGE POLIZEI



85 Polizistinnen und Polizisten verstärken die Landespolizei M-V

Bei einem feierlichen Akt, am 27. September 2019 an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow, übergab Innenminister Lorenz Caffier die Bachelorurkunden und ernannte die Absolventinnen und Absolventen feierlich zu Polizeikommissarinnen und Polizeikommissaren. Mit der Verleihung des akademischen Grades „Bachelor of Arts – Polizeivollzugsdienst“ werden die 19 Absolventinnen und 66 Absolventen ab Oktober die Schulbank mit dem aktiven Polizeidienst tauschen. Sie werden unter anderem das Landespolizeibereitschaftsamt Mecklenburg-Vorpommern, die Wasserschutzpolizei sowie die anderen Polizeiinspektionen verstärken.

Innenminister nahmen deshalb auch die enormen Herausforderungen der Polizeiarbeit einen breiten Raum ein. Polizeiliche Arbeit steht besonders im Fokus der Öffentlichkeit



Ehrung für die beste Bachelorarbeit durch den Präsidenten Mainka und Innenminister Caffier.



Blick in den Festsaal der FH Güstrow

Mit diesen neuen und gut ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten wird der herrschende Personalmangel in der Landespolizei ein wenig abgefedert. In der Festrede des



und bei der genießt die Landespolizei ein hohes Ansehen. Mit konsequenter Aufklärung wird er als oberster Dienstherr gegen die vorgehen, die den Ruf und das Ansehen der Polizei beschädigen. Für Extremisten ist in der Landespolizei kein Platz, so der Innenminister. Ein

weiterer Höhepunkt war die Verleihung des Ehrenpreises für die beste Bachelorarbeit, überreicht durch den Präsidenten des PP Rostock, Peter Mainka. Wir freuen uns auf die „Neuen“ und wünschen einen guten Start in die Praxis.



> Das Landespolizei-Orchester gab der Veranstaltung den würdigen Rahmen, diesmal mit einer hervorragenden Solistin

Thüringen/Brandenburg/Berlin/Mecklenburg-Vorpommern

Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung und Versorgung gefordert

Die dbb Landesbünde von Thüringen, Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben eine Rückkehr zur bundesweiten Einheitlichkeit von Beamtenbesoldung und -versorgung gefordert. Damit unterstützen sie einen Vorstoß der Länder Thüringen und Brandenburg bei der Finanzministerkonferenz vom 5. September 2019.

Thüringen

Dass der „problematische Wettbewerb zulasten der finanzschwachen Länder und ihrer Kommunen“ möglichst zügig beendet werden müsse, darin sei man sich mit Thüringens Finanzministerin Heike Taubert einig, teilte etwa der tbb mit. „In Deutschland ist seit der Föderalismusreform ein beamtenrechtlicher Flickenteppich entstanden. 16 Bundesländer und der Bund kochen jeweils ihr eigenes Süppchen, mit der Folge, dass besonders die Besoldung immer weiter auseinanderdriftet“, kritisierte tbb-Chef Helmut Liebermann. Am Beispiel Thüringens zeige sich, dass viele Berufseinsteiger nach ihrer Ausbildung in andere Bundesländer abwandern, wo sie besser bezahlt werden und bessere Arbeitsbedingungen vorfinden. „Finanzstarke Länder werden gestärkt und

finanzschwache geschwächt. Dem von der Bundesregierung proklamierten Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland wirken die Besoldungsunterschiede zwischen armen und reichen Bundesländern entgegen.“

Brandenburg

Der Forderung hat sich auch der dbb brandenburg angeschlossen. Brandenburg stehe aufgrund seiner Lage im Wettbewerb zu mehreren Bundesländern und den Bundesbehörden in Berlin, man verfolge das Auseinanderdriften der Besoldung daher mit großer Sorge. „Die Nachwuchsgewinnung gestaltet sich durch die unterschiedliche Besoldung immer schwieriger“, sagt dbb Landeschef Ralf Roggenbuck. „Durch die wachsende Mobilität der Berufsanfänger wird es für uns immer schwerer, die Besten zu überzeugen, trotz schlechterer Bezahlung gerade im Land Brandenburg zu arbeiten. Hier würde uns die Rückkehr zu einer bundeseinheitlichen Besoldung helfen.“

Berlin

Für Berlin erklärte der dortige dbb Landeschef Frank Becker mit Blick auf Tauberts Forde-

rung: „Diese Stimme der Vernunft war längst überfällig. Schon viel zu lange driftet die Besoldung in Bund und Ländern auseinander und hat bereits zu ersten Verwerfungen im staatlichen Leistungsangebot geführt.“ Unter diesem ungleichen Wettbewerb habe der Berliner öffentliche Dienst besonders stark zu leiden, denn die bundesweit am schlechtesten bezahlten Berliner Beamtinnen und Beamten wanderten in Scharen in die sehr viel besser zahlenden ortsansässigen Bundesbehörden ab. „Ohne Wettbewerbschancen auf dem Nachwuchsmarkt und angesichts steigender altersbedingter Abgänge wird die Situation zwangsläufig eskalieren“, prognostiziert Becker und fügt mit Blick auf den Berliner Senat hinzu: „Finanzminister Matthias Kollatz ist deshalb gut beraten, für fairen Wettbewerb zu sorgen und den Vorstoß seiner Thüringer Kollegin und Parteifreundin bedingungslos zu unterstützen.“

Mecklenburg-Vorpommern

Dietmar Knecht, dbb Landeschef in Mecklenburg-Vorpommern, sagte: „Es ist wirklich an der Zeit, den Wettbewerbsföderalismus zuungunsten finanzschwacher Länder – zu denen ohne Zweifel auch



> Landesbundeschef M-V, Dietmar Knecht

Mecklenburg-Vorpommern gehört – zu beenden.“ Der öffentliche Dienst im Land habe unter diesem ungleichen Wettbewerb zunehmend zu leiden. Zahlreiche Beschäftigte wandern in benachbarte Länder, vor allem nach Hamburg ab, wo Besoldung und Aufstiegschancen zum Teil deutlich besser seien. Knecht appellierte an die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern: „Finanzminister Meyer sollte den Vorstoß seiner Thüringer Kollegin und Parteifreundin vorbehaltlos unterstützen, denn angesichts bevorstehender altersbedingter Abgänge und dem sich weiter verschärfenden Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um die besten Nachwuchskräfte ist damit zu rechnen, dass sich die Lage weiter zuspitzen wird.“



Aktuelles

Die Debatte um Polizisten, die für die Thüringer AfD bei der Landtagswahl Ende Oktober kandidieren, gewinnt an Schärfe. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, lehnt eine Überprüfung der Polizisten ab. „Die Fokussierung auf die Polizei hinsichtlich der Verfassungstreue ihrer Beschäftigten halte ich für falsch“, sagte Wendt dem Handelsblatt.

„Alle Beschäftigten des Staates, ob in der Polizei, im Schuldienst oder wo auch immer im öffentlichen Dienst, dürfen keinen Zweifel an ihrer Verfassungstreue aufkommen lassen“, betonte er. „Niemand will Reichsbürger oder andere Radikale bei der Polizei haben, aber ich will auch nicht, dass sie meine Kinder unterrichten.“

Ob einzelne Beschäftigte sich von den Grundsätzen der verfassungsmäßigen Ordnung „innerlich entfernt“ hätten, müssten Führungskräfte feststellen. Dafür stehe ihnen ein umfangreiches Instrumentari-

um des Dienstrechts zur Verfügung.

Die „Überprüfung und Ausforschung der politischen Arbeit einzelner Mitglieder“ gehöre jedenfalls nicht in den Aufgabenkatalog einer Gewerkschaft. „Eine Distanzierungs-erklärung ist außerdem ein untaugliches Vorgehen, denn wer ein Feind unserer Verfassung ist, wird wohl kaum zögern, auch seine Gewerkschaft zu beschwindeln“, betonte Wendt.

Die eigenständigen Sicherungssysteme der Beamtinnen und Beamten müssen an Veränderungen angepasst und weiter verbessert werden. Das hat Friedhelm Schäfer, stellvertretender Bundesvorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, betont.

Grundsätzlich seien diese zwar bereits leistungsfähig, transparent und attraktiv ausgestaltet, so Schäfer bei einem beamtenpolitischen Fachaus-

tausch mit der Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung (AKA) am 26. September 2019 in Berlin zu aktuellen Fragen des Besoldungs-, Versorgungs- und Beihilferechts. Trotzdem müssten die Sicherungssysteme kontinuierlich weiterentwickelt und gestärkt werden.

Dies zeige sich zum Beispiel bei der Weiterentwicklung der Beihilfe mit der neu eingeführten Direktabrechnung von Krankenhäusern mit Beihilfestellen oder den zwischenzeitlich vielfältig vorhanden Apps, die sowohl im Verhältnis zu den Beihilfetragern als auch zu den privaten Krankenversicherungsunternehmen die Kosten-

erstattung zugunsten der Beamten wesentlich vereinfachen, beschleunigen und den Abrechnungsaufwand auf ein Minimum reduzieren.

Die AKA vertritt Mitgliedseinrichtungen, in denen über acht Millionen Pflichtversicherte und beitragsfrei Versicherte des kommunalen und kirchlichen Dienstes sowie mehr als 1,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner sowie Pensionärinnen und Pensionäre abgesichert sind. Im Bereich der Alterssicherung sind die Fachvereinigung Zusatzversorgung und die Fachvereinigung Beamtenversorgung umfasst.

Quelle: dbb Bund

Geburtstage im Monat November 2019

Der Landesvorstand und die Kreisverbände der DPoIG Mecklenburg-Vorpommern gratulieren allen im Monat November geborenen Kolleginnen und Kollegen und wünschen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Erfolg für die weitere Zukunft. Gleichzeitig bedanken wir uns für das vertrauensvolle Miteinander und freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ein Jubiläum begehen in diesem Monat:

Christin Lauche, Frank Lehmann, Sebastian Neubauer, Tobias Hundt, Nick Huth, Mathias Klasen, Manuel Dahm, Heiko Lutzke, Marco Schultz, Niklas Mützelt

und unser Landesvorsitzender Ronald Müller

Wir übermitteln allen Geburtstagskindern die herzlichsten Glückwünsche, verbunden mit viel Schaffenskraft im neuen Lebensjahr und natürlich bester Gesundheit.

Der Landesvorstand und die Kreisverbände

Einladung Polizeifachtagung mit DPoIG + EMW



Anforderungen und Belastungen im täglichen Dienst der Kriminalpolizei

12. November 2019
Hotel Aquino, Tagungszentrum Katholische Akademie, Hannoversche Straße 5b, 10115 Berlin



Uhrzeit	Thema / Referent
10:00 Uhr	Eröffnung - Rainer Wendt Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Berlin
10:15 Uhr	Grußwort - Andrea Lindholz, MdB Vorsitzende des Ausschusses für Inneres und Heimat im Deutschen Bundestag
10:30 Uhr	Aktuelle kriminalpolizeiliche Herausforderungen der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder - Weiterentwicklung im nationalen und internationalen Kontext - Peter Henzler Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, Wiesbaden
11:00 Uhr	Arbeit und Personal der Landeskriminalämter „vor Ort“ - Ralf Michelfelder Präsident des LKA Baden-Württemberg, Stuttgart
11:30 Uhr	Kaffeepause
12:00 Uhr	Neue Erkenntnisse der Rechtsmedizin / „Qualifizierte Leichenschau“ - Dr. Olaf Cordes Direktor des Instituts für Rechtsmedizin, Bremen
12:45 Uhr	Belastungen im kriminalpolizeilichen Alltag - Wolfgang Laudon Vorsitzender der DPoIG Kommission Kriminalpolizei, Hamburg
13:30 Uhr	Mittagsimbiss
14:15 Uhr	Firmenpräsentationen
15:00 Uhr	Podiumsdiskussion Anspruch und Wirklichkeit – die tägliche Arbeit des „Tatort-Kommissars“ • Wolfgang Laudon - Vorsitzender der DPoIG Kommission Kriminalpolizei, Hamburg • Ralf Michelfelder - Präsident des LKA Baden-Württemberg, Stuttgart • Dr. Olaf Cordes - Direktor des Instituts für Rechtsmedizin, Bremen Moderation: Gunnar Schupelius (BILD/B.Z. Berlin)
16:00 Uhr	Ende der Fachtagung